Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Herr Regierungsrat Hansueli Reutegger
Vorsteher Departement Inneres und Sicherheit des Kantons Appenzell Ausserrhoden
Schützenstrasse 1
9100 Herisau

Unser Zeichen: NKVF
Bern, 21. August 2019

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen ihrer schweizweiten Überprüfung der menschenrechtlichen Standards im Bereich der Gesundheitsversorgung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs besuchte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) im Februar 2019 die Strafanstalt Gmünden und das Kantonale Gefängnis Appenzell Ausserrhoden. Sie legte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Grundsätze der Gesundheitsversorgung wie der informierten Zustimmung («*informed consent*») und auf die Unabhängigkeit sowie die Funktionsweise und Zugangsmodalitäten der Gesundheitsversorgung. Die Kommission überprüfte zudem die kantonale Umsetzung der Vorgaben aus der Epidemiengesetzgebung.[1]

Die Kommission unterhielt sich während ihres Besuches mit einigen sich zum Zeitpunkt des Besuches in der Einrichtung anwesenden inhaftierten Personen, mit der Direktion, mit dem Justizvollzugspersonal sowie mit dem für die medizinische Versorgung zuständigen Fachpersonal. Im Rahmen eines Schlussgesprächs teilte die Kommission der Direktion bereits erste Erkenntnisse mit.

Die Kommission möchte Ihnen mit der formellen Zustellung des Berichtes auch eine persönliche Rückmeldung bezüglich der Gesundheitsversorgung in der Strafanstalt Gmünden und dem Kantonalen Gefängnis Appenzell Ausserrhoden abgeben.

[1] Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, SR 818.101; Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, SR 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.ch
www.nkvf.admin.ch

Bei der Überprüfung der kantonalgesetzlichen Grundlagen stellte die Kommission fest, dass Aspekte der Gesundheitsversorgung wie die Organisation und der Aufgabenbereich des Gesundheitsdienstes sowie die Schweigepflicht auf Verordnungsstufe geregelt sind.[2] Die Gesundheitsversorgung wird in der Hausordnung sowie in weiteren internen Dokumenten konkretisiert.[3]

Die Kommission begrüsst, dass die Einrichtung über einen eigenen Gesundheitsdienst mit einer vollzeittätigen, medizinischen Fachperson verfügt. Dennoch erfolgt die Medikamentenabgabe weiterhin über das Justizvollzugspersonal. **Die Kommission empfiehlt, die Medikamentenabgabe über das medizinische Fachpersonal sicherzustellen.**

Im Rahmen der Eintrittsbefragung erfasst die medizinische Fachperson zwar den allgemeinen Gesundheitszustand, jedoch ohne Abklärung über mögliche Infektionskrankheiten, Medikationen, Substanzabhängigkeiten, psychische Krankheiten oder Suizidalität.[4] Ebenso stellte sie fest, dass weder Verhütungsmittel noch Informationen zur Übertragung von Infektionskrankheiten abgegeben werden.[5] **Die Kommission empfiehlt, den Vorgaben der EpV im Rahmen der Eintrittsbefragung besondere Achtung zu schenken.**

Die Kommission nahm das Pilotprojekt, in welchem weibliche Inhaftierte im offenen Vollzug untergebracht werden, mit Interesse zur Kenntnis.[6] Im Rahmen der Überprüfung der Gesundheitsversorgung weiblicher Inhaftierter zeigte sie sich jedoch über die kostenpflichtige Abgabe von Hygieneartikeln an Frauen überrascht. Sie erhielt ausserdem die Rückmeldung, dass die Gesundheitsversorgung von Frauen durch einen Arzt sowie eine männliche medizinische Fachperson – mehrheitlich ohne Anwesenheit von weiblichem Personal – erfolgt, was die Kommission als bedenklich einstuft. **Aus ihrer Sicht ist insbesondere in einer Frauenabteilung auf eine geschlechterspezifische Gesundheitsversorgung zu achten. Insbesondere sollte weibliches, medizinisches Fachpersonal beigezogen und Hygieneartikel kostenlos abgegeben werden.**

Über den Kontrollbesuch in der Strafanstalt Gmünden und dem Kantonalen Gefängnis Appenzell Ausserrhoden wird die Kommission ein separates Schreiben erstellen, das wir Ihnen zur schriftlichen Stellungnahme zukommen lassen werden. In der Beilage erhalten Sie zur Stellungnahme den finalen Bericht der Kommission, zu welchem wir Sie einladen möchten, innert 60 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern Sie nichts dagegen einzuwenden haben, kann Ihre Stellungnahme zusammen mit dem Bericht auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.

---

[2] Vgl. Art. 4 u. 6 Verordnung über die Vollzugseinrichtungen des Kantons Appenzell Ausserrhoden vom 16. Dezember 2014, bGS 341.12.

[3] Strafanstalt Gmünden, Hausordnung und Ausführungsbestimmungen, Ziff. 7; bspw. GD Eintrittsprozess Prozessbeschreibung, 29. Januar 2015, Strafanstalt Gmünden/Kantonales Gefängnis; bspw. Richten der Medikamente Prozessbeschreibng, 29. Januar 2015, Strafanstalt Gmünden/Kantonales Gefängnis.

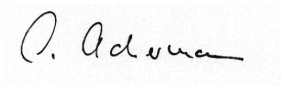
[4] Eine ausführlichere Untersuchung erfolgt anschliessend durch den externen Arzt im Rahmen seiner nächsten Visite.

[5] Art. 30 EpV; Vgl. auch Strafanstalt Gmünden, Hausordnung und Ausführungsbestimmungen, Ziff. 7.8.

[6] Departement Sicherheit und Justiz des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Strafanstalt Gmünden, Frauenabteilung in der Strafanstalt Gmünden (AR), 28. Januar 2019.

Wir bitten Sie um entsprechende Kenntnisnahme und bedanken uns für die wertvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen



Alberto Achermann
Präsident

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Herr Regierungsrat Philippe Müller
Vorsteher Polizei- und Militärdirektion
Kanton Bern
Generalsekretariat
Kramgasse 20
3011 Bern

Unser Zeichen: NKVF
Bern, 21. August 2019

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen ihrer schweizweiten Überprüfung der menschenrechtlichen Standards im Bereich der Gesundheitsversorgung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs besuchte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) die Regionalgefängnisse Biel und Bern im August 2018 bzw. im Februar 2019. Sie legte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung wesentlicher Grundsätze, namentlich der informierten Zustimmung («*informed consent*»), der Unabhängigkeit des Gesundheitsdienstes sowie der Zugangsmodalitäten. Die Kommission überprüfte zudem die kantonale Umsetzung der Vorgaben aus der Epidemiengesetzgebung.[1]

Die Kommission unterhielt sich während ihres Besuches mit einigen in der Einrichtung anwesenden inhaftierten Personen, mit der Direktion, mit dem Justizvollzugspersonal sowie mit dem für die medizinische Versorgung zuständigen Fachpersonal. Im Rahmen eines Schlussgesprächs teilte die Kommission der Direktion ihre ersten Erkenntnisse mit. Mit der formellen Zustellung des Berichtes möchte die Kommission Ihnen auch eine persönliche Rückmeldung zu den besuchten Einrichtungen abgeben.

Bei der Überprüfung der kantonalgesetzlichen Grundlagen stellte die Kommission mit Zufriedenheit fest, dass die bundesgesetzlichen Vorgaben im Bereich der Epidemiengesetzge-

[1] Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, SR 818.101; Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, SR 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.ch
www.nkvf.admin.ch

bung, insbesondere Präventionsmassnahmen zum Schutz vor Infektionskrankheiten in der kantonalen Justizvollzugsverordnung[2] vorgesehen und in der kantonalen Weisung des Amtes für Justizvollzug in der Form von Mindestmassnahmen konkretisiert sind.[3]

Auf die Feststellungen bezüglich der Gesundheitsversorgung im Regionalgefängnis Bern wurde bereits im Bericht zu den Nachfolgebesuchen[4] im Regionalgefängnis Bern, den Sie am 13. August 2019 zur Stellungnahme erhalten haben, eingegangen.

Nachfolgend wird deshalb nur auf die Erkenntnisse in Zusammenhang mit dem Regionalgefängnis Biel eingegangen.[5] Als kritisch stufte die Kommission insbesondere den fehlenden internen Gesundheitsdienst im Regionalgefängnis Biel ein, was der Gesundheitsversorgung der inhaftierten Personen zu wenig Rechnung trägt. Sie stellte fest, dass das Justizvollzugspersonal Aufgaben im Gesundheitsbereich übernehmen muss, namentlich die Vorbereitung der Medikamente.[6] Zudem wird keine systematische Eintrittsbefragung durch medizinisches Fachpersonal durchgeführt und auch der Zugang zu Verhütungsmitteln ist nicht gewährleistet. **Die Kommission empfiehlt, im Regionalgefängnis Biel einen infrastrukturell und personell adäquat dotierten Gesundheitsdienst einzurichten. Zu diesem Zweck regt sie an, kantonale Synergien im Bereich der Gesundheitsversorgung zu nutzen. Zudem empfiehlt sie, auch im Regionalgefängnis Biel die Weisung des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung in Bezug auf die in der EpV vorgesehenen Mindestmassnahmen umzusetzen.**

Als verbesserungswürdig bezeichnet die Kommission ausserdem die Gesundheitsversorgung für weibliche Inhaftierte im Regionalgefängnis Biel. Namentlich zeigt sich die Kommission über den kostenpflichtigen Zugang zu Hygieneartikeln und Schwangerschaftstests überrascht. Zudem wurde die Kommission informiert, dass der Arzt bei Untersuchungen von weiblichen Inhaftierten von männlichen Mitarbeitenden begleitet wird, wenn kein weibliches Personal vor Ort ist. **Die Kommission empfiehlt eine Verbesserung der geschlechterspezifischen Gesundheitsversorgung im Regionalgefängnis Biel. Namentlich soll ein kostenloser Zugang zu Hygieneartikeln und Schwangerschaftstests sowie die Anwesenheit von weiblichem Personal bei ärztlichen Untersuchungen gewährleistet werden.**

In der Beilage erhalten Sie zur Stellungnahme den finalen Bericht der Kommission, zu welchem wir Sie einladen möchten, innert 60 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern Sie nichts dagegen einzuwenden haben, kann Ihre Stellungnahme zusammen mit dem Bericht auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.

---

[2] Art. 64 Verordnung über den Justizvollzug (Justizvollzugsverordnung, JVV) des Kantons Bern vom 22. August 2018, BSG 341.11; Vgl. auch Art. 6 Einführungsverordnung zur eidgenössische Epidemiengesetzgebung (EV EpG) des Kantons Bern vom 9. Dezember 2015, BSG 815.122.

[3] Weisung Eidgenössische Epidemienverordnung (EpV, SR 818.101.1) – Mindestmassnahmen, die von den Institutionen des Freiheitsentzugs zu gewährleisten sind, Amt für Freiheitsentzug und Betreuung, Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern.

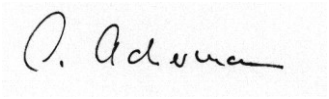
[4] Besuche vom 29. Januar und 28. Februar 2019.

[5] Der Abschnitt zur BEWA des Berner Inselspitals wurde aufgrund der Rückmeldung in der Stellungnahme des Kantons Berns vom 16. Oktober 2019 im Nachhinein entfernt.

[6] Die vorbereiteten Medikamente werden gemäss den Informationen der Einrichtung anschliessend von einer Mitarbeiterin der Spitex kontrolliert. Die Einrichtung verfügt ausserdem über ein Konzept zur Vorbereitung und Abgabe der Medikamente. Vgl. Medikamenten-Konzept vom 6. Juni 2014, Regionalgefängnis Biel.

Wir bitten Sie um entsprechende Kenntnisnahme und bedanken uns für die wertvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen



Alberto Achermann
Präsident

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Berne, CNPT

Monsieur le Conseiller d'Etat
Mauro Poggia
Chef du Département de l'emploi, des affaires sociales et de la santé (DEAS)
Rue de l'Hôtel-de-Ville 14
Case postale 3952
1211 Genève 3

Notre référence: NKVF
Berne, le 21 août 2019

Monsieur le Conseiller d'État,

Se fondant sur le mandat que lui confère la loi, la Commission nationale de prévention de la Torture (CNPT) a examiné dans le cadre d'un projet pilote, la qualité de la prise en charge et des soins médicaux dans les établissements de privation de liberté dans l'ensemble de la Suisse.[1] A cette fin, elle a visité plusieurs types d'établissements fermés, en particulier des établissements de détention avant jugement et des établissements d'exécution des peines et mesures.

Une délégation de la CNPT s'est également rendue à la prison de Champ-Dollon à deux reprises, en février et en juillet 2018, afin de vérifier l'application des dispositions fédérales en matière de prévention des épidemies et des maladies transmissibles[2] et d'évaluer la qualité des soins de santé prodigués aux détenus.[3] Elle s'est par ailleurs intéressée de près au respect des principes relatifs à la prise en charge médicale, notamment à la question du consentement informé, à l'indépendance ainsi qu'au fonctionnement et aux modalités d'accès au service médical.

---

[1] Avis de Conseil Fédéral du 22 février 2017 sur l'interpellation Fehlmann-Rielle du 13 décembre 2016 (16.3986).

[2] Loi fédérale sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme (Loi sur les épidémie, LEp) du 28 septembre 2012, RS 818.101; Ordonnance sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme (Ordonnance sur les épidémies, OEp) du 29 avril 2015, RS 818.101.1.

[3] Au cours de la première visite, la délégation a rencontré des difficultés d'accès aux données médicales. C'est pourquoi, dans une nouvelle composition, en juillet, elle s'est de nouveau rendue à l'institution avec un accent particulier sur l'étude des dossiers médicaux.

Au cours de ses visites, la Commission s'est entretenue avec des personnes détenues présentes au moment de la visite ainsi qu'avec la direction de l'établissement, les agents de détention et les membres du personnel médico-soignant. Les visites se sont terminées par un compte-rendu des premières constatations de la délégation, qui ont également été inclues dans le rapport thématique.

Lors de l'examen des bases légales, la Commission a noté que peu de dispositions sur les soins de santé étaient concretisées dans les bases cantonales. Certains aspects, tels que le secret professionnel ou le rattachement du service de santé auprès de la division de médecine pénitentiaire, sont mentionnées au niveau de l'ordonnance.[4] En revanche, de nombreuses directives internes contiennent des procédures détaillées, notamment concernant la prévention et le diagnostic de la tuberculose, l'accès au matériel d'injection stérile ou la distribution de médicaments. A mentionner tout particulièrement l'arrêté du Conseil d'Etat concernant la Santé et soins en milieu carcéral, qui établit des mesures sanitaires préventives telles que l'admission 24 heures sur 24, informant les personnes concernées des maladies transmissibles ou de l'accès aux contraceptifs et au matériel propre d'injection.[5]

La Commission souhaite vous donner l'opportunité de vous prononcer sur le contenu du rapport et vous transmets, par la présente, un résumé des principales constatations concernant l'établissement de Champ-Dollon.

La Commission tient à souligner que compte tenu de la surpopulation carcérale et des difficultés auxquelles l'établissement doit dès lors faire face, la prise en charge médicale à la prison de Champ-Dollon peut être qualifiée de bonne. La Commission estime que le Service médical est équipé de manière adéquate et qu'il dispose d'un personnel qualifié, permettant d'offrir aux personnes détenues une prise en charge médicale gratuite tous les jours de la semaine, y compris les week-ends.

La Commission a par ailleurs relevé de manière positive que l'Ordonnance sur la lutte contre les épidémies qui prévoit toute une série de mesures à titre préventif était mise en œuvre de manière satisfaisante dans l'ensemble de l'établissement. A noter tout particulièrement que Champ-Dollon offre une information et un dépistage complet concernant la prévention et le traitement des maladies sexuellement transmissibles ou transmissibles par le sang et qu'en tant que seul établissement de tous les établissements visités, il offre un accès à du matériel d'injection stérile.

Conformément aux exigences du Protocole d'Istanbul, le service médical constate les lésions traumatiques qui sont dûment protocolés et transmises aux autorités avec le consentement formel de la personne concernée. **S'agissant de ce dernier point, et à la lumière des standards internationaux, la Commission recommande toutefois d'envisager une transmission automatique.[6]**

---

[4] Art. 8, 29 et 30 du Règlement sur le régime intérieur de la prison et le statut des personnes incarcérées (RRIP) du canton de Genève du 30 septembre 1985, F 1 50.04.

[5] Ch. 4, 9 et 9.5 d'Arrêté du Conseil d'Etat du Canton de Genève du 27 septembre 2000 concernant la santé et les soins en milieu carcéral.

[6] Istanbul Protocol, Manual on the Effective Investigation and Documentation of Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Professional Training Series, OHCHR, 2004, No. 8/Rev.1, ch. 83.

Durant ses deux visites, la Commission a par ailleurs identifié quelques points dont elle estime qu'ils devraient faire l'objet d'une prise en charge améliorée. Elle a notamment relevé une nouvelle fois que le délai d'attente pour l'accès aux diverses prestations du service médical était parfois important. Selon les informations recueuillies par la Commission, la durée peut s'élever à une ou deux semaines pour certains soins médicaux; à trois mois pour les consultations psychologiques et à un mois pour les personnes sous mesures thérapeutiques. Pour l'accès aux soins dentaires un délai d'attente d'environ trois semaines a été constaté. **La Commission juge excessif ces délais et recommande au Conseil d'Etat de prendre des mesures adéquates, afin de réduire le délai d'attente et permettre une prise en charge médicale aussi rapide que possible.**

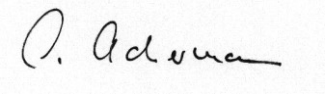
La Commission a par ailleurs constaté que la documentation relative aux données médicales ne faisait pas l'objet d'une saisie électronique systématique et qu'une partie des données médicales étaient encore enregistrées sur papier. **La Commission recommande au Conseil d'Etat de poursuivre les efforts dans ce sens, afin de garantir en particulier la confidentialité des données médicales.**

S'agissant de la prise en charge médicale des détenues féminins, la Commission la qualifie de généralement bonne et accueille favorablement la présence au sein du service médical d'une personne specialisée dans les questions de santé féminine. Durant sa visite, la Commission a toutefois relevé un cas de placement d'une femme et de son nouveau né dans une cellule d'arrêt disciplinaire. **La Commission juge inadéquat un tel placement sous l'angle des droits fondamentaux et de l'intérêt supérieur de l'enfant et recommande aux autorités d'envisager des solutions de placement alternatives pour des mères avec enfants ou des femmes enceintes.**

Finalement, la Commission a noté, qu'en raison des capacités limitées du service médical, les personnes placées en arrêt disciplinaire ne faisaient pas l'objet d'une visite quotidienne telle que recommandée par les standards internationaux. **La Commission recommande dès lors à l'établissement de veiller à ce que les personnes placées en quartier disciplinaire ou pour des mesures de sûreté fassent l'objet d'une brève visite quotidienne par une personne du service médical.**

Vous trouverez en annexe le rapport final sur les soins de santé dans les établissements de privation de liberté sur lequel nous vous invitons à prendre position par écrit dans un délai de 60 jours. Votre avis sera, avec votre accord, publié sur le site internet de la CNPT, conjointement avec le rapport thématique.

En vous remerciant de votre attention et de votre précieuse collaboration, nous vous prions d'agréer, Monsieu le Conseiller d'État, l'expression de notre considération distinguée.



Alberto Achermann
Président

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Herr Paul Winiker
Regierungsrat und Vorsteher
Justiz- und Sicherheitsdepartement
Kantons Luzern
Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern

Unser Zeichen: NKVF
Bern, 21. August 2019

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen ihrer schweizweiten Überprüfung der menschenrechtlichen Standards im Bereich der Gesundheitsversorgung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs besuchte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) im März 2018 die Justizvollzugsanstalt Grosshof (JVA Grosshof). Sie legte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Grundsätze der Gesundheitsversorgung wie der informierten Zustimmung («*informed consent*») und auf die Unabhängigkeit sowie die Funktionsweise und Zugangsmodalitäten der Gesundheitsversorgung. Die Kommission überprüfte zudem die kantonale Umsetzung der Vorgaben aus der Epidemiengesetzgebung.[1]

Die Kommission unterhielt sich während ihres Besuches mit einigen in der Einrichtung anwesenden inhaftierten Personen, mit der Direktion, mit dem Justizvollzugspersonal sowie mit dem medizinischen Fachpersonal bzw. mit dem zuständigen Psychiater. Im Rahmen eines Schlussgesprächs teilte die Kommission der Direktion bereits erste Erkenntnisse mit.

Die Kommission möchte Ihnen mit der formellen Zustellung des Berichtes auch eine persönliche Rückmeldung bezüglich der JVA Grosshof abgeben.

Bei der Überprüfung der gesetzlichen Vorgaben stellte die Kommission fest, dass auf Gesetzes- bzw. Verordnungsebene wenig Bestimmungen über die Gesundheitsversorgung

[1] Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, SR 818.101; Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, SR 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.chwww.nkvf.admin.ch

aufgeführt sind.[2] Jedoch liegt die Zuständigkeit für Präventionsmassnahmen gemäss der kantonalen Epidemienverordnung bei der Dienststelle Gesundheit und Sport.[3] Vorgaben zur Eintrittsuntersuchung, zur Medikamentenabgabe, zur Kostenbeteiligung sowie Zuständigkeiten in der medizinischen Betreuung sind zudem in internen Arbeitsanweisungen sowie in der Hausordnung vorhanden.[4]

Die Kommission erhielt grundsätzlich einen positiven Eindruck in Bezug auf die Qualität der Gesundheitsversorgung in der JVA Grosshof. Die Einrichtung verfügt über einen eigenen Gesundheitsdienst mit adäquater infrastruktureller Ausstattung und zusätzlicher Möglichkeit zur zahnärztlichen Versorgung.

Im Rahmen des Besuches wurde der Kommission mitgeteilt, dass eine systematische Eintrittsuntersuchung innerhalb von 24 Stunden durch medizinisches Fachpersonal aufgrund personeller Engpässe im Gesundheitsdienst und der hohen Fluktuationsrate nur bedingt möglich ist. Auch werden die Medikamente vom Justizvollzugspersonal abgegeben. **Gestützt auf die bundesgesetzlichen Vorgaben empfiehlt die Kommission, eine systematische Eintrittsuntersuchung innerhalb von 24 Stunden sowie die Medikamentenabgabe ausschliesslich über das medizinische Fachpersonal sicherzustellen.**

Die Kommission begrüsst, dass in Bezug auf die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten einzelne Aspekte wie der Zugang zu Verhütungsmitteln sowie die Informationsabgabe in Form der SPS-Broschüre in der JVA Grosshof umgesetzt werden. Trotzdem sind diesbezüglich und auch hinsichtlich der EpV bei den Mitarbeitenden wenig Kenntnisse vorhanden. **Sie empfiehlt, die Vorgaben der EpV auch in internen Konzepten festzuhalten und umzusetzen.**

Des Weiteren erhielt die Kommission von einzelnen inhaftierten Personen die Rückmeldung, dass sie keine Informationen zu ihrer Medikation erhalten hätten. **Die Kommission empfiehlt, den Grundsatz der informierten Zustimmung stets zu berücksichtigen und die inhaftierten Personen über alle medizinischen Untersuchungen und Behandlungen in einer für sie verständlichen Sprache aufzuklären.**

Im Rahmen des Besuches stellte die Kommission weiter fest, dass das Justizvollzugspersonal über das elektronische System indirekten Zugang zur Medikationsliste der inhaftierten Personen erhält. **Die Kommission empfiehlt, Massnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit von medizinischen Informationen zu treffen.**

In der Beilage erhalten Sie zur Stellungnahme den finalen Bericht der Kommission, zu welchem wir Sie einladen möchten, innert 60 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern Sie nichts dagegen einzuwenden haben, kann Ihre Stellungnahme zusammen mit dem Bericht auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.

---

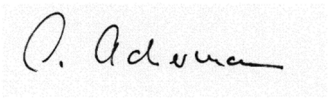
[2] Vgl. auch § 47 Gesetz über den Justizvollzug (JVG) des Kantons Luzern vom 14. September 2015, SRL 305.

[3] § 4 Ziff. 2 lit. j Kantonale Epidemienverordnung (KEpV) des Kantons Luzern vom 22. November 2016, SRL 835.

[4] Hausordnung Justizvollzugsanstalt Grosshof vom 1. Januar 2018, Kap. 2.5, 3.5, 7.2 u. 8; Vgl. auch Arbeitsanweisung Organisation Gesundheitsdienst sowie Arbeitsanweisung, Basispapier Gesundheitsdienst, JVA Grosshof, Dienststelle Militär, Zivilschutz und Justizvollzug.

Wir bitten Sie um entsprechende Kenntnisnahme und bedanken uns für die wertvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen



Alberto Achermann
Präsident

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Herr Regierungsrat Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und Justizdepartement
Kanton St. Gallen
Oberer Graben 32
9001 St. Gallen

Unser Zeichen: NKVF
Bern, 21. August 2019

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen ihrer schweizweiten Überprüfung der menschenrechtlichen Standards im Bereich der Gesundheitsversorgung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs besuchte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) im Oktober 2018 das Regionalgefängnis Altstätten. Sie legte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Grundsätze der Gesundheitsversorgung wie der informierten Zustimmung («*informed consent*») und auf die Unabhängigkeit sowie die Funktionsweise und Zugangsmodalitäten der Gesundheitsversorgung. Die Kommission überprüfte zudem die kantonale Umsetzung der Vorgaben aus der Epidemiengesetzgebung.[1]

Die Kommission unterhielt sich während ihres Besuches mit einigen in der Einrichtung anwesenden inhaftierten Personen, mit der Direktion, mit dem Justizvollzugspersonal sowie mit dem für die medizinische Versorgung zuständigen Fachpersonal. Im Rahmen eines Schlussgesprächs teilte die Kommission der Direktion bereits erste Erkenntnisse mit.

Die Kommission möchte Ihnen mit der formellen Zustellung des Berichtes auch eine persönliche Rückmeldung bezüglich des Regionalgefängnisses Altstätten abgeben.

Bei der Überprüfung der gesetzlichen Vorgaben stellte die Kommission fest, dass die Vorgaben zur Durchführung einer Eintrittsbefragung und zur Weitergabe von medizinischen Infor-

[1] Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, SR 818.101; Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, SR 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.ch
www.nkvf.admin.ch

mationen bei einer Verlegung auf Verordnungsebene aufgeführt sind.[2] Weitere Konkretisierungen zur Gesundheitsversorgung wie beispielsweise die Durchführung einer Eintrittsuntersuchung oder die Medikamentenabgabe sind in Merkblättern und Weisungen des Amtes für Justizvollzugs enthalten.[3]

Aus Sicht der Kommission kann die Gesundheitsversorgung im Regionalgefängnis Altstätten als grundsätzlich gut eingestuft werden. Die Einrichtung verfügt über einen eigenen Gesundheitsdienst mit einem infrastrukturell adäquat ausgestatteten Untersuchungszimmer und einer personellen Ausstattung, welche angesichts der Grösse korrekt erscheint. Auch wird eine Eintrittsbefragung innerhalb der ersten 24 Stunden durch das medizinische Fachpersonal durchgeführt.

Als unüblich erachtet die Kommission, dass die Leiterin des Gesundheitsdienstes gleichzeitig die Funktion der stellvertretenden Direktorin der Einrichtung ausübt, welche ca. 40% ihrer Tätigkeit in Anspruch nimmt.[4] Aus Sicht der Kommission wäre diese Stellenkonstellation zu überdenken. Die Kommission erhielt die Rückmeldung, dass das Regionalgefängnis Altstätten teilweise unvollständige Patientenakten bei der Verlegung von inhaftierten Personen aus einer anderen Einrichtung des Kantons St. Gallen erhält. Zudem werden die Patientenakten in Papierform gehalten. **Die Kommission empfiehlt, die systematische Weitergabe der medizinischen Daten sowie auch eine elektronische Erfassung der medizinischen Daten innerhalb des Kantons anzustreben.[5]**

Im Rahmen ihres Besuches stellte die Kommission fest, dass die Abgabe von rezeptpflichtigen sowie von nicht-rezeptpflichtigen Medikamenten ausschliesslich über das Justizvollzugspersonal erfolgt. Die Abgabe wird anschliessend protokolliert.[6] **Die Kommission empfiehlt grundsätzlich, die Medikamentenabgabe ausschliesslich über das medizinische Fachpersonal sicherzustellen. Bei der Medikamentenabgabe durch das Justizvollzugspersonal empfiehlt sie, Massnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit sowie der korrekten Abgabe zu treffen und dies in den Merkblättern festzuhalten.[7]**

Als kritisch erachtet die Kommission den Beizug von Mitinhaftierten als Übersetzungshilfen. **Die Kommission empfiehlt, zur Wahrung der Vertraulichkeit die routinemässige Nutzung eines telefonischen Übersetzungsdienstes in Betracht zu ziehen.**

---

[2] Art. 18 Verordnung über die Gefängnisse und Vollzugsanstalten des Kantons St. Gallen vom 13. Juni 2000, sGS 962.

[3] Vgl. Merkblatt zur medizinischen Versorgung und Gesundheitskosten in den st. Gallischen Vollzugseinrichtungen vom 27. Oktober 2014, Amt für Justizvollzug, Kanton St. Gallen, Ziff. 5 u. 6; Vgl. Weisung betreffend medizinische Informationen und Unterlagen bei Verlegungen vom 31. August 2016, Amt für Justizvollzug, Kanton St. Gallen.

[4] Vgl. Bericht an den Regierungsrat des Kantons St. Gallen betreffend den Besuch der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter im Regionalgefängnis Altstätten vom 30. Juni bis 1. Juli 2014, NKVF 13/2014, Ziff. 24.

[5] Siehe Weisung betreffend medizinische Informationen und Unterlagen bei Verlegungen, 31. August 2016, Amt für Justizvollzug, Kanton St. Gallen.

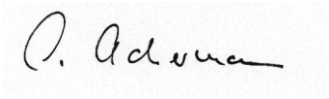
[6] Die Medikamentenabgabe im Regionalgefängnis Altstätten wird detailliert in einer internen Arbeitsanweisung geregelt. Vgl. Arbeitsanweisung Korrekte Medikamentenabgabe durch die Gefangenenbetreuer und Fachpersonal vom 17. August 2015, Regionalgefängnis Altstätten.

[7] Vgl. Art. 36ter Verordnung über die Gefängnisse und Vollzugsanstalten des Kantons St. Gallen vom 13. Juni 2000, sGS 962.14; Vgl. auch Merkblatt zur medizinischen Versorgung und Gesundheitskosten in den St. Gallischen Vollzugseinrichtungen vom 27. Oktober 2014, Amt für Justizvollzug, Kanton St. Gallen, Ziff. 6.

In der Beilage erhalten Sie zur Stellungnahme den finalen Bericht der Kommission, zu welchem wir Sie einladen möchten, innert 60 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern Sie nichts dagegen einzuwenden haben, kann Ihre Stellungnahme zusammen mit dem Bericht auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.

Wir bitten Sie um entsprechende Kenntnisnahme und bedanken uns für die wertvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen



Alberto Achermann
Präsident

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Regierungsrätin Susanne Schaffner
Departement des Innern
Kanton Solothurn
Ambassadorenhof
Riedholzplatz 3
4509 Solothurn

Unser Zeichen: NKVF
Bern, 21. August 2019

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen ihrer schweizweiten Überprüfung der menschenrechtlichen Standards im Bereich der Gesundheitsversorgung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs besuchte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) im März 2019 das Untersuchungsgefängnis Olten. Sie legte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Grundsätze der Gesundheitsversorgung wie der informierten Zustimmung («*informed consent*») und auf die Unabhängigkeit sowie die Funktionsweise und Zugangsmodalitäten der Gesundheitsversorgung. Die Kommission überprüfte zudem die kantonale Umsetzung der Vorgaben aus der Epidemiengesetzgebung.[1]

Die Kommission unterhielt sich während ihres Besuches mit einigen sich zum Zeitpunkt des Besuches in der Einrichtung anwesenden inhaftierten Personen, mit der Direktion, mit dem Justizvollzugspersonal sowie mit dem für die medizinische Versorgung zuständigen Fachpersonal. Im Rahmen eines Schlussgesprächs teilte die Kommission der Direktion bereits erste Erkenntnisse mit.

Die Kommission möchte Ihnen mit der formellen Zustellung des Berichtes auch eine persönliche Rückmeldung bezüglich des Untersuchungsgefängnisses Olten abgeben.

Die Kommission erhielt insgesamt einen positiven Eindruck über die Qualität der Gesundheitsversorgung im Untersuchungsgefängnis Olten, was auch durch die mehrheitlich positi-

[1] Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, SR 818.101; Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, SR 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.ch
www.nkvf.admin.ch

ven Rückmeldungen der inhaftierten Personen bestätigt wurde. Die kantonsweite Nutzung von Synergien unter der Leitung der Abteilung Gesundheitsdienst des Amtes für Justizvollzug ermöglicht eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung auch in kleinen Einrichtungen mit einer hohen Fluktuationsrate. Die Kommission nimmt deshalb mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass innerhalb von 24 Stunden eine Eintrittsbefragung durch das medizinische Fachpersonal durchgeführt wird.

Bei der Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen stellte die Kommission fest, dass Bestimmungen zur Gesundheitsversorgung in der Hausordnung der Untersuchungsgefängnisse aufgeführt sind.[2] Sie stellte mit Zufriedenheit fest, dass die Mitarbeitenden der Einrichtung über die Vorgaben der EpV orientiert wurden und interne Arbeitsanweisungen und Merkblätter die regelmässige Information über Infektionskrankheiten sowie die kontinuierliche Fortbildung des Gefängnispersonals vorsehen.[3] Als ebenso positiv wertet die Kommission, dass die in internen Merkblättern vorgesehene Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheits- und dem Justizvollzugspersonal der Vertraulichkeit der medizinischen Daten besondere Bedeutung beimisst.[4] Sie stellte jedoch fest, dass die Durchführung von Impfungen, der Zugang zu Verhütungsmitteln sowie die Information von inhaftierten Personen über Infektionskrankheiten im Untersuchungsgefängnis Olten in Planung, jedoch noch nicht umgesetzt sind.

Im Rahmen des Besuches erhielt die Kommission vereinzelt negative Rückmeldungen von inhaftierten Personen zur zahnärztlichen Versorgung. **Sie verweist auf die im Bericht festgehaltene Empfehlung, wonach eine über die Notfallversorgung hinausgehende zahnärztliche Versorgung zu gewährleisten ist.[5]**

Die Kommission begrüsst, dass interne Dokumente die systematische Erfassung von traumatischen Verletzungen festhalten.[6] Auch werden im Rahmen der Eintrittsbefragung Hinweise auf erfolgte Gewaltanwendungen im Pflegerapport dokumentiert und allenfalls dem Arzt gemeldet. **Dennoch empfiehlt die Kommission, in jedem Fall eine fachgerechte Abklärung und Dokumentation von möglichen Gewaltanwendungen vorzunehmen und diese systematisch an die zuständigen Behörden weiterzuleiten.[7]**

In der Beilage erhalten Sie zur Stellungnahme den finalen Bericht der Kommission, zu welchem wir Sie einladen möchten, innert 60 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern Sie nichts dagegen einzuwenden haben, kann Ihre Stellungnahme zusammen mit dem Bericht auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.

---

[2] Vgl. Art. 10 und Art. 19 Hausordnung der Untersuchungsgefängnisse des Kantons Solothurn (HO UG) vom 24. März 2014, BGS 331.17.

[3] Vgl. Grundlagen Medizinische Versorgung vom 26. September 2018, Amt für Justizvollzug, Kanton Solothurn, Ziff. 4; Vgl. Standards Medizinische Versorgung in solothurnischen Anstalten und Gefängnissen vom 26. September 2018, Amt für Justizvollzug, Kanton Solothurn, S. 3.

[4] Vgl. Weisungen betreffend Aufgaben des Gesundheitsdienstes im Amt für Justizvollzug vom 27. Oktober 2015, Amt für Justizvollzug, Kanton Solothurn, Ziff. 4.

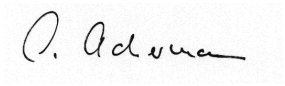
[5] Siehe Gesamtbericht über die schweizweite Überprüfung der Gesundheitsversorgung im Freiheitsentzug durch die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (2018-2019), Ziff. 104.

[6] Vgl. Grundlagen Medizinische Versorgung vom 26. September 2018, Amt für Justizvollzug, Kanton Solothurn, Ziff. 4.

[7] Handbuch für die wirksame Untersuchung und Dokumentation von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Strafe (*OHCHR, Istanbul Protocol, Manual on the Effective Investigation and Documentation of Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Professional Training Series No. 8/Rev.1, 2004*), Ziff. 83.

Wir bitten Sie um entsprechende Kenntnisnahme und bedanken uns für die wertvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen



Alberto Achermann
Präsident

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Signor Vicepresidente del Consiglio di Stato
Norman Gobbi
Capo del Dipartimento delle istituzioni
Piazza Governo 7
6501 Bellinzona

Nostro riferimento: CNPT
Berna, 21. August 2019

Signor Consigliere di Stato,
Gentili Signore, Egregi Signori,

nell'ambito della verifica a livello svizzero della conformità ai diritti fondamentali nel settore dell'accesso all'assistenza medica e psichiatrica nelle strutture carcerarie, la Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT) ha visitato nell'aprile 2019 il Penitenziario cantonale La Stampa. La Commissione ha posto l'accento sul rispetto die diritti fondamentali in materia di cure mediche, quali il consenso informato («*informed consent*»), l'indipendenza e l'organizzazione, nonché le modalità di accesso alle cure mediche da parte degli utenti. La Commissione ha inoltre verificato l'adeguamento delle disposizioni cantonali ai principi contenuti nella legislazione federale in materia di epidemie.[1]

Durante la visita la Commissione ha potuto intrattenersi con le persone detenute presenti al momento, con la Direzione, con il personale di custodia, così come con il personale medico. Nell'ambito dell'incontro finale, la Commissione ha già potuto comunicare alla Direzione i risultati die primi rilevamenti.

Unitamente alla formale trasmissione del Rapporto, la Commissione intende rilasciare anche una personale presa di posizione concernente il Penitenziario cantonale La Stampa.

La Commissione ha avuto un'impressione generale positiva delle cure mediche assicurate presso il Penitenziario cantonale La Stampa. In particolare la Commissione saluta positivamente l'intervenuto adeguamento a singole raccomandazioni formulate in occasione di pas-

[1] Legge federale sulla lotta alle malattie trasmissibili (Legge sulle epidemie, LEp) dell'essere umano del 28 settembre 2012, RS 818.101; Ordinanza concernente la lotta contro le malattie trasmissibili dell'essere umano (Ordinanza sulle epidemie, OEp) del 29 aprile 2015, RS 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.ch
www.nkvf.admin.ch

sate visite negli anni 2011 e 2013,[2] segnatamente il recente inserimento del settore medico nell'Ente ospedaliero cantonale con la possibilità di accedere agli specialisti dell'ospedale regionale pubblico di Lugano. La Commissione ha preso atto inoltre che i principi per la lotta alle malattie infettive sono stabiliti a livello di regolamento[3] e che le conoscenze sulle disposizioni federali in materia di legislazione sulle epidemie sono possedute dal personale. La Commissione giudica positive le misure di prevenzione adottate dalla Direzione della struttura carceraria per la protezione delle malattie infettive, in particolare l'accesso alle informazioni concernenti le malattie infettive, l'accesso ai mezzi preventivi e alle terapie sostitutive, così come l'effettuazione di vaccinazioni e di tests del sangue su persone a rischio.

La Commissione ha preso atto con soddisfazione che la visita sistematica di entrata ha luogo a cura del medico della struttura entro le 24 ore e **raccomanda, di ancorare ciò a livello di regolamento.**[4] Inoltre essa ha stabilito che le risultanze relative all'uso di violenza sono documentate, ma d'altra parte che la trasmissione della documentazione non segue automaticamente.[5] **La Commissione raccomanda la trasmissione automatica delle risultanze relative all'uso di violenza alle autorità competenti.[6]**

Nell'ambito dell'esame della dotazione di personale del settore medico della struttura carceraria, la Commissione ha preso atto che cinque collaboratori provenienti dagli effettivi di custodia sono stati formati nel settore delle cure mediche e che lavorano siccome assistenti nel servizio medico.[7] In tale ambito adempiono diversi compiti come la preparazione e la distribuzione dei medicamenti e inoltre hanno accesso alle informazioni di natura medica. La Commissione ha appreso durante la visita che questi cinque collaboratori si occuperanno in futuro solo di lavori amministrativi e che saranno liberati completamente dalle attività di esecuzione delle pene. Saluta inoltre in modo positivo la circostanza secondo la quale il servizio medico sarà affiancato da un assistente di cura a tempo pieno.

La Commissione ha preso atto che le persone senza copertura di cassa malati devono partecipare ai costi nei limiti dell'importo di CHF 240 all'anno, somma che viene dedotta direttamente dalla remunerazione del lavoro. Se non vengono effettuate prestazioni, l'importo viene restituito. **In questo contesto la Commissione fa riferimento alla raccomandazione contenuta nel rapporto completo sulle cure mediche e raccomanda l'introduzione di un servizio di cure mediche gratuito per tutte le persone detenute allo scopo di rispettare il principio della parità di trattamento.[8] La Commissione ritiene che un'eventuale partecipazione ai costi delle cure mediche possa essere ritenuta accettabile, solo se essa**

---

[2] Rapporto all'attenzione del Consiglio di Stato del Cantone Ticino sulla visita della Commissione nazionale per la prevenzione della tortura nelle carceri La Stampa e La Farera di Lugano dal 21 al 23 novembre 2011, CNPT 12/2012; Vedi pure Rapporto all'attenzione del Consiglio di Stato del Cantone Ticino sulla visita di verifica della Commissione nazionale per la prevenzione della tortura nel carcere La Stampa del 27 maggio 2013, CNPT 09/2013.

[3] Art. 30 del Regolamento delle strutture carcerarie del Cantone Ticino del 15 dicembre 2010, 342.110.

[4] Secondo l'art. 37 del Regolamento sull'esecuzione delle pene e delle misure per gli adulti del Cantone Ticino del 6 marzo 2007, 341.110, come pure secondo l'art. 27 del Regolamento delle strutture carcerarie del Cantone Ticino del 15 dicembre 2010, 342.110, la visita medica d'entrata deve essere effettuata entro una settimana.

[5] Cfr. l'art. 27 del Regolamento delle strutture carcerarie del Cantone Ticino del 15 dicembre 2010, 342.110.

[6] Vedi Istanbul Protocol, Manual on the Effective Investigation and Documentation of Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Professional Training Series, OHCHR, 2004, No. 8/Rev.1, cifra 83.

[7] Un collaboratore dispone di una formazione aggiuntiva di assistente di cura.

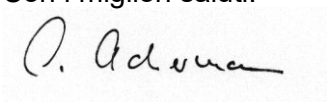
[8] Rapporto completo sulla verifica a livello svizzero delle cure mediche nelle strutture carcerarie della Commissione nazionale per la prevenzione della tortura, 2018-2019, cifra 121.

è proporzionale e se l'accesso ad adeguate cure mediche non viene ritardato o impedito.

In allegato Le trasmettiamo la versione finale del Rapporto della Commissione, invitando La a volersi determinare in forma scritta entro il termine di 60 giorni. Qualora Lei non avesse nulla in contrario, la Sua presa di posizione potrà essere pubblicata sul sito internet della Commissione unitamente al Rapporto commissionale completo.

La preghiamo di voler prendere atto di quanto sopra illustrato e La ringraziamo, Signor Consigliere di Stato, per la Sua preziosa collaborazione.

Con i migliori saluti.



Alberto Achermann
Presidente

Annesso: citato

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Berne, CNPT

Madame la Conseillère d'Etat
Béatrice Métraux
Cheffe du Département des institutions et de la sécurité
Place de Château 4
1014 Lausanne

Notre référence: NKVF
Berne, le 21 août 2019

Madame la Conseillère d'Etat,

Se fondant sur le mandat que lui confère la loi, la Commission nationale de prévention de la Torture (CNPT) a examiné dans le cadre d'un projet pilote, la qualité de la prise en charge et des soins médicaux dans les établissements de privation de liberté dans l'ensemble de la Suisse. A cette fin, elle a visité plusieurs types d'établissements fermés, en particulier des établissements de détention avant jugement et des établissements d'exécution des peines et mesures.

Une délégation de la CNPT s'est également rendue aux Etablissements de la Plaine de l'Orbe (EPO) en mai 2018 et à la prison du Bois-Mermet en avril 2019, afin de vérifier l'application des dispositions fédérales en matière de prévention des épidemies et des maladies transmissibles[1] et d'évaluer la qualité des soins de santé prodigués aux détenus. Elle s'est par ailleurs intéressée de près au respect des principes relatifs à la prise en charge médicale, notamment à la question du consentement informé, à l'indépendance ainsi qu'au fonctionnement et aux modalités d'accès au service médical.

Au cours des visites, la Commission s'est entretenue avec des personnes détenues présents au moment de la visite, avec la direction de l'établissement, les agents de détention, les membres du personnel médico-soignant, dont des médecins et des infirmiers. Les visites se sont terminées par un compte-rendu des premières constatations de la délégation, qui ont également été inclus dans le rapport thématique.

[1] Loi fédérale sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme (Loi sur les épidémie, LEp) du 28 septembre 2012, RS 818.101; Ordonnance sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme (Ordonnance sur les épidémies, OEp) du 29 avril 2015, RS 818.101.1.

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Schwanengasse 2, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 16 20
info@nkvf.admin.ch
www.nkvf.admin.ch

La Commission souhaite vous donner l'opportunité de vous prononcer sur le rapport qu'elle vous adresse formellement pour prise de position et en profite par la présente, pour vous transmettre un résumé des principaux constats s'agissant de la prise en charge médicale aux EPO et à la prison du Bois-Mermet.

De manière générale, la Commission tire un bilan positif de la prise en charge médicale aux EPO et à la prison du Bois-Mermet. Dans les deux établissements, la prise en charge médicale peut être qualifiée de bonne et le Service médical dispose d'un équipement adéquat et d'un personnel très qualifié.

La Commission relève par ailleurs de manière positive que l'Ordonnance sur la lutte contre les épidémies, qui prévoit toute une série de mesures à titre préventif, était mise en œuvre de manière satisfaisante dans les deux établissements. Elle accueille favorablement le degré de concrétisation des dispositions fédérales dans les bases légales cantonales, notamment sous la forme de règlements qui précisent la nécessité de transmettre les données médicales en cas de transfert d'un établissement à l'autre et la conduite d'un examen médical dans les 24 heures qui suivent l'entrée au sein de l'établissement.[2] S'agissant des constats de lésions traumatiques dont elle a pu constater qu'ils sont dûment protocolés, mais transmis qu'avec le consentement de la personne détenue, **elle recommande, à la lumière des standards internationaux, d'envisager une transmission automatique à l'autorité compétente.**

La Commission a pris note du fait qu'une participation aux frais médicaux fondée sur des critères de revenu était prévue pour les personnes détenues. La Commission souligne dans son rapport que l'accès aux soins médicaux devrait en principe être gratuit. Elle estime toutefois qu'une telle participation n'est acceptable dans la mesure où elle est proportionnée et qu'elle respecte les capacités financières des personnes détenues. La Commission a toutefois relevé avec préoccupation que les démarches en vue de l'autorisation d'une prise en charge engendraient parfois des délais d'attente pouvant s'élever jusqu'à 3 semaines. **La Commission juge excessif ces délais et recommande aux autorités concernées de prendre des mesures adéquates, afin de réduire le délai d'attente et permettre une prise en charge médicale aussi rapide que possible.**

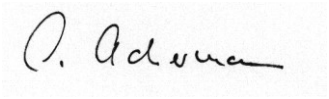
Sur la base des constats tirés dans le cadre de ses visites d'inspection précédentes, notamment en 2016 et en 2017, la Commission a une nouvelle fois constaté que la durée des placements dans la cellule médicale dépassait les 3 jours prévus par chiffre 5 de la directive relative à l'utilisation de la cellule médicale. Elle a notamment relevé des durées de placement de 6 voire de 12 jours qu'elle juge préoccupantes à la lumière des discussions menées en 2015 avec les responsables de la médecine pénitentiaire.

Vous trouverez en annexe le rapport final sur les soins de santé dans les établissements de privation de liberté sur lequel nous vous invitons à prendre position par écrit dans un délai de 60 jours. Votre avis sera, avec votre accord, publié sur le site internet de la CNPT, conjointement avec le rapport thématique.

---

[2] Art. 14 du Règlement sur le statut des personnes condamnés exécutant une peine privative de liberté ou une mesure (RSPC) du canton de Vaud du 16 août 2017; Art. 15 du Règlement sur le statut des personnes détenues placées en établissement de détention avant jugement (RSDAJ) du canton de Vaud du 28 novembre 2018.

En vous remerciant de votre attention et de votre précieuse collaboration, nous vous prions d’agréer, Madame la Conseillère d'Etat, l’expression de notre considération distinguée.



Alberto Achermann
Präsident

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

P.P. CH-3003 Bern, NKVF

Frau Regierungsrätin Jacqueline Fehr
Direktorin der Justiz und des Innern
Kanton Zürich
Neumühlequai 10
Postfach
8090 Zürich

Unser Zeichen: NKVF
Bern, 21. August 2019

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen ihrer schweizweiten Überprüfung der menschenrechtlichen Standards im Bereich der Gesundheitsversorgung in Einrichtungen des Freiheitsentzugs besuchte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) im Januar 2018 die Justizvollzugsanstalt Pöschwies (JVA Pöschwies). Sie legte dabei ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Grundsätze der Gesundheitsversorgung wie der informierten Zustimmung («*informed consent*») und auf die Unabhängigkeit sowie die Funktionsweise und Zugangsmodalitäten der Gesundheitsversorgung. Die Kommission überprüfte zudem die kantonale Umsetzung der Vorgaben aus der Epidemiengesetzgebung.[1]

Die Kommission unterhielt sich während ihres Besuches mit einigen sich zum Besuchszeitpunkt in der Einrichtung anwesenden inhaftierten Personen, mit der Direktion, mit dem Justizvollzugspersonal sowie mit dem für die medizinische Versorgung zuständigen Fachpersonal.[2] Im Rahmen eines Schlussgesprächs teilte die Kommission der Direktion ihre ersten Erkenntnisse mit.

Mit der formellen Zustellung des Berichtes möchte die Kommission Ihnen nachfolgend auch eine persönliche Rückmeldung bezüglich der JVA Pöschwies abgeben.

---

[1] Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, SR 818.101; Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, SR 818.101.1.

[2] Der Zugang zu den medizinischen Daten in der JVA Pöschwies gestaltete sich als eingeschränkt.

Bei der Überprüfung der gesetzlichen Vorgaben stellte die Kommission fest, dass Aspekte der Gesundheitsversorgung wie Zuständigkeiten, Kostenbeteiligung und Eintrittsuntersuchung vor allem auf Verordnungsebene festgehalten sind, wobei jedoch nicht auf die EpV verwiesen wird.[3] Bestimmungen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten sind hingegen in der Hausordnung der JVA Pöschwies festgehalten.[4]

Die Kommission erhielt von der Gesundheitsversorgung in der JVA Pöschwies einen insgesamt positiven Eindruck. Der Gesundheitsdienst verfügt über modern ausgestattete Räumlichkeiten und ist mit vier Ärzten, zwei Zahnärzten, mehreren medizinischen Fachangestellten und externen Spezialisten personell ebenfalls adäquat ausgestattet.

Die Kommission stellte fest, dass die Vorgaben der EpV, mit Ausnahme der Abgabe von sterilem Injektionsmaterial, mehrheitlich umgesetzt sind. Die Eintrittsuntersuchung findet in der Regel innerhalb der ersten Woche statt und erfolgt über den Anstaltsarzt. **Die Kommission empfiehlt, die Vorgaben der EpV auch in internen Konzepten und Massnahmen festzuhalten**.

Hinsichtlich der Kostenbeteiligung für medizinische Behandlungen sieht die JVA Pöschwies eine Beteiligung von CHF 5.00 pro Behandlung vor, unabhängig davon ob eine Person krankenversichert ist. Die Kommission nimmt mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass die JVA Pöschwies ihre Praxis bezüglich vorgängiger Abklärung der Kostenübernahme für externe Behandlungen in der Zwischenzeit geändert hat und die Kosten im Zweifelsfall von der Einrichtung übernommen werden bzw. die Kostenübernahme erst im Nachgang zur Behandlung geregelt wird.

Kritisch äussert sich die Kommission hingegen zum Beizug von Mitinhaftierten als Übersetzungshilfen sowie zur Durchführung von medizinischen Untersuchungen in Arrestzellen in Anwesenheit des Justizvollzugspersonals. **Die Kommission empfiehlt, zur Wahrung der Vertraulichkeit die routinemässige Nutzung von telefonischen Übersetzungsdiensten in Betracht zu ziehen sowie zu gewährleisten, dass Untersuchungen in Arrestzellen ausser Hörweite des Justizvollzugspersonal erfolgen.**

Die Kommission stellte fest, dass Patientenakten[5] nach wie vor in Papierform geführt und handschriftlich aktualisiert werden. **Die Kommission empfiehlt, u.a. zur Erleichterung der Weitergabe von medizinischen Informationen elektronische Patientenakten einzuführen.**

Die Kommission stellte fest, dass Medikamente nach dem Vieraugenprinzip vom medizinischen Fachpersonal vorbereitet werden. Die Abgabe von rezeptpflichtigen Medikamenten erfolgt in der Regel im Gesundheitsdienst. Nichtdestotrotz werden sowohl rezeptpflichtige als auch nicht-rezeptpflichtige Medikamente ebenfalls als Reservemedikation oder vom Justizvollzugspersonal abgegeben bzw. unter deren Aufsicht eingenommen. **Die Kommission empfiehlt, die Medikamentenabgabe ausschliesslich über das medizinische Fachpersonal sicherzustellen.**

---

[3] Vgl. § 9, 96 Abs. 1, 108, 109, 111 u. 112 Justizvollzugsverordnung des Kantons Zürich vom 6. Dezember 2006, 331.1; vgl. auch Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung des Kantons Zürich vom 19. März 1975 (VV EpiG), LS 818.11.

[4] Vgl. § 56 Hausordnung vom 1. Juni 2017 Justizvollzugsanstalt Pöschwies.

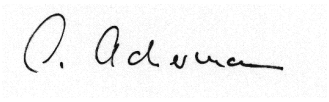
[5] Die psychiatrischen Dossiers waren nicht zugänglich.

Die Kommission stellte fest, dass die Abteilung für Alter und Gesundheit keine spezifischen Massnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung für ältere und geistig beeinträchtigte Personen anbietet. Ausserdem erhielt die Kommission die Rückmeldung, dass in der ganzen Einrichtung nur zwei rollstuhlgängige Zimmer vorhanden sind. **Die Kommission empfiehlt, eine auf die spezifischen Bedürfnisse dieser vulnerablen Personenkategorie zugeschnittene Gesundheitsversorgung anzubieten.**

In der Beilage erhalten Sie zur Stellungnahme den finalen Bericht der Kommission, zu welchem wir Sie einladen möchten, innert 60 Tagen schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern Sie nichts dagegen einzuwenden haben, kann Ihre Stellungnahme zusammen mit dem Bericht auf der Website der Kommission veröffentlicht werden.

Wir bitten Sie um entsprechende Kenntnisnahme und bedanken uns für die wertvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen



Alberto Achermann
Präsident